

POLITIK



Audio: Antenne Brandenburg | 09.06.2017 | Lisa Steger

Verwaltungsgerichte vor dem Kollaps

"Wir können nicht mehr gründlich und zeitnah entscheiden"

10.06.17 | 08:25 Uhr

In Brandenburgs Justiz herrscht Personalmangel. Allein an den Verwaltungsgerichten stapeln sich tausende Akten, darunter viele Asylklagen. Die lange Verfahrensdauer führt immer wieder dazu, dass korrekte Bescheide aufgehoben werden müssen. *Von Lisa Steger*

Ein Besuch beim Potsdamer Verwaltungsrichter Wilfried Kirkes: Bei ihm stapeln sich die Akten einen halben Meter hoch. Gestern sei der Stapel umgefallen, sagt der 57-Jährige. Der Jurist ist zuständig für Asylfragen. Viele der Verfahren ziehen sich, wie er sagt. Manche Menschen, mit denen er tun habe, seien schon fünf Jahre in Deutschland und wüssten nicht, wie es mit ihnen weitergeht. "Sie leben in der Warteschleife", sagt der 57-Jährige. "Ich stelle es mir belastend vor."

BLICK ZURÜCK

Große Zahl an Klagen gegen Asylbescheide

Von zwölf Kammern im Potsdamer Verwaltungsgericht befassen sich inzwischen elf nur noch mit Asylklagen. Brandenburgweit gilt das für 70 von derzeit 73



Brandenburg

**Verwaltungsrichter
stöhnen unter der
Last der
Asylverfahren**

Verwaltungsrichtern. Der Grund dafür ist der anhaltende Zuzug von Flüchtlingen seit 2015. Wilfried Kirkes nennt es eine "Lawine". Er sagt, die Landesregierung hätte das vorhersehen müssen – doch sie habe die Gerichte dafür nicht ausgestattet. "Im Moment befinden wir uns an der Schwelle zu verfassungswidrigen Zuständen", so Kirkes. "Wir sind nicht mehr in der Lage, zeitnah und gründlich genug zu entscheiden."

Kirkes, der auch der "Vereinigung der Verwaltungsrichter Brandenburgs" vorsteht, fordert allein für die drei Verwaltungsgerichte in der Mark 18 neue Richter und zwölf neue Schreibkräfte. Das Finanzministerium aber stellt aktuell für die gesamte Justiz, Land- und Amtsgerichte inbegriffen, 26 neue Stellen in Aussicht, und das wären dann auch nicht nur Richter sondern auch Schreibkräfte. Besser als nichts, meint Kirkes: "Das ist schon mal etwas." Er ist sicher, dass es ohne neues Personal mehrere Jahrzehnte dauern würde, den Berg an Asylklagen abzutragen.

Kläger erscheinen nicht zur Verhandlung

Heute ist Wilfried Kirkes' Verhandlungstag im Potsdamer Verwaltungsgericht. Es soll um vier Tschetschenen gehen, die seit zwei Jahren in Deutschland leben. Zur Verhandlung sind die vier Tschetschenen nicht erschienen. Ihr Anwalt, Thomas Ruhland, ruft seine Mandanten an. Das junge Ehepaar geht nicht ans Telefon; deren Mutter teilt am Telefon mit, sie habe sich im Tag geirrt.

Was hier passiert, ist an der Schwelle zu verfassungswidrigen Zuständen.

*Wilfried Kirkes,
Verwaltungsrichter in Potsdam*

Thomas Ruhland berichtet, dass die vier Asylbewerber gegen den Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge klagen, "weil sie hier bleiben wollen und sich in ihrer Heimat Verfolgung ausgesetzt sehen." Ihr Vater sei verschwunden, der Staat habe nicht geholfen, ihn zu finden und darüber hätten sich die Mandanten beschwert.

Sehr konkret kann Anwalt Thomas Ruhland nicht werden, wie er bedauernd hinzufügt. Es sei schwer, zu den Mandanten Kontakt zu halten. Sie seien umgezogen, ohne Bescheid zu sagen. "Wir müssen den Leuten hinterherlaufen."

Schwierige Arbeit mit manchem Klienten

Thomas Ruhland, der oft Asylbewerber vertritt, macht seiner Enttäuschung Luft: "Ich verbringe Stunden, ihnen zu erklären, was wir brauchen und warum." Kürzlich habe er einen Mandanten in Weimar vertreten. Der Asylbewerber selbst aber erschien nicht. Er war schon lange nach Hause zurückgereist, seinem Anwalt aber hatte er das nicht mitgeteilt. "Für sie ist der Fall erledigt", wendet sich der Anwalt an den Richter, "aber für mich geht es weiter."

Die vier Asylbewerber werden jetzt das Urteil schriftlich erhalten. Der Richter lässt durchblicken: Ihre Chancen sind schlecht. So sei die politische Verfolgung nur wenig konkret und die gesundheitlichen Probleme nicht so gravierend wie angegeben.

Lange Verfahrensdauer macht Probleme

Das Thema Asyl sei kompliziert, sagt Richter Wilfried Kirkes im Anschluss an die Verhandlung. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kämen zahlreiche Mitarbeiter nicht zurecht. So hätten viele Bescheide Fehler und die Gerichte müssten solche Bescheide dann aufheben.

Die lange Verfahrensdauer in den Verwaltungsgerichten führt zudem oft dazu, dass selbst korrekte Bescheide aufgehoben werden müssen, etwa dann, wenn sich in der Zwischenzeit die Lage im Heimatland verändert hat, wie der Richter betont. Klassisch sei der Fall, dass ein Asylbewerber abgelehnt wird, weil er aus einem sicheren Herkunftsland kommt. Kurz darauf aber bricht dort ein Bürgerkrieg aus. "Im Asylrecht gilt seit eh und je: Es kommt immer auf den Zeitpunkt an, an dem das Gericht entscheidet", erklärt Kirkes.

MEHR ZUM THEMA



Justizministerium sieht keine Defizite

Richterbund beklagt zu wenig Nachwuchs in Brandenburg

Die überlastete Justiz in Brandenburg hat Probleme, genügend Personal zu finden. Weil eingespart werde und viele Richter pensioniert

Verfahren können öfter betrieben werden

Es gibt noch mehr Fallstricke. "Manchmal hat sich auch zwischen dem Bescheid und dem Gerichtstermin die Rechtslage geändert, auch dann muss der Bescheid aufgehoben werden", sagt Kirkes; allein in den letzten zwei Jahren sei im Asylgesetz ständig etwas geändert worden.

Die lange Verfahrensdauer führe oft auch dazu, dass einige Asylbewerber immer wieder kommen. Der Grund: Wenn etwa das Gericht entscheidet, dass für den Asylbewerber ein anderes Land zuständig ist, muss der Abgelehnte binnen sechs Monaten dorthin zurückkehren oder abgeschoben werden. "Doch damit sind Bundesamt, Ausländerbehörden und Polizei vollkommen überfordert", sagt Kirkes. Ist aber

würden, müsse man jetzt in die juristische Zukunft des Landes investieren, fordert der Richterbund. Beim Justizministerium sieht man das anders.

der Asylbewerber sechs Monate nach seiner Ablehnung immer noch in Deutschland, so beginnt das Verfahren von vorn. "Ich habe einige Kläger, die schon zum vierten oder fünften Male ihr Asylverfahren betreiben", so der Verwaltungsrichter.

Asylklagen für einige Anwälte eine wichtige Einnahmequelle

Kirkes sagt, er ist gern Richter. "Jeder hat das Recht, dass sein Fall individuell geprüft wird." Doch manche Dinge können auch den sonst so ruhigen und besonnenen Juristen "richtig ärgern". Dabei geht es die "Asyl-Industrie", wie Kirkes sie nennt. "Das ist das Schlepperunwesen mit Menschen- und Drogenschmuggel", so Kirkes. "Es gibt mehr und mehr vernetzte Systeme in der Anwaltschaft, in der Medizin, in der Psychologie und bei Unterstützern." "Es gibt mehr und mehr vernetzte Systeme in der Anwaltschaft, in der Medizin, in der Psychologie und bei Unterstützern."

Für die hiesigen Anwälte seien Asylklagen eine sichere Einnahmequelle, da fast alle Asylbewerber staatliche Prozesskostenhilfe erhalten. Auch das trägt nach Kirkes' Einschätzung zur Klageflut bei.

Frankreich taugt als Vorbild nicht

Und bei Ärzten und Psychologen gibt es nach seiner Beobachtung schwarze Schafe: "Gefälligkeitsatteste und falsche Unterlagen - das gab es immer schon", sagt der Richter. "Es ist aber ein sehr massenhaftes Phänomen geworden."

In Frankreich liefen die Asylverfahren dagegen zügiger, sagt Kirkes. Doch dass das auch in Deutschland klappen wird, glaubt es nicht. Der Hang der Deutschen, "alles bis ins Letzte zu erforschen", lasse so etwas nicht zu.

Beitrag von Lisa Steger

12 KOMMENTARE

[Kommentieren](#)

12. kus | *Mittwoch, 14.06.2017 | 23:03 Uhr*
Antwort auf [\[rbb-24-nutzer\]](#) vom 10.06.2017 um 23:34
Haben Sie einen Knall!?

[Antworten](#)

11. *konstanze* | *Sonntag, 11.06.2017 | 18:09 Uhr*

die probleme gibt es in allen bundesländern. es fehlt an hebammen, kindererzieher, lehrer, polizisten, juristen u.a.m.. wir haben in den letzten jahren 1.300.000 migranten hier zusätzlich aufgenommen, die bedürfnisse haben und ihre rechte einfordern. unsere gesundheits-, sozial-, bildungs- und sicherungssysteme sind längst am kollabieren. von den schon länger hier lebenden wird erwartet, dass sie ständig mehr einschränkungen in kauf nehmen. eine verbesserung der situation ist nicht in sicht. in diesem jahr wurden bundesweit bereits wieder 95.000 asylanträge gestellt, wahnsinn !

Antworten

10. *Reimann* | *Berlin* | *Sonntag, 11.06.2017 | 15:15 Uhr*

Wenn ich schon höre erscheint nicht,
hat das Datum verwechselt.
Stehen mir die Haare zu Berge.
Was muss der Staat für Steuergelder dafür verwenden ?
Und woanders fehlt es hinten und vorne.
Wie dumm sind wir eigentlich.

Antworten

9. *Lisa Steger* | *Potsdam* | *Sonntag, 11.06.2017 | 11:24 Uhr*

Antwort auf [rbb-24-nutzer] vom 10.06.2017 um 23:34

Der Befragte ist nicht "irgendein Richter", der willkürlich "herausgesucht" wurde, sondern er steht der "Vereinigung der Verwaltungsrichter Brandenburgs" vor und ist also von seinen Kollegen gewählt worden.

Antworten

8. *Chris* | *Berlin* | *Sonntag, 11.06.2017 | 07:56 Uhr*

Antwort auf [swinging freedom] vom 10.06.2017 um 19:13

Das ist doch völlig klar. Wenn es alles umsonst gibt, kein Druck ausgeübt wird, nimmt man alles ohne Gegenleistung.

Antworten

7. *rbb-24-nutzer* | *Berlin* | *Samstag, 10.06.2017 | 23:34 Uhr*

Es ist schon sonderbar, was man sich hier für einen (!) Richter herausgesucht hat: Er verstößt nicht nur gegen das Mäßigungsgebot, er ist sich auch nicht zu schade, mal nonchalant Geflüchtete mit Naturkatastrophen zu vergleichen und in Anwälten, Psychologen und Helfern pauschal Kriminelle zu sehen sowie in den Geflüchteten selbst Erschleicher von staatlichen Leistungen, ganz zu schweigen von dem Wunsch, Asylklagen nach Möglichkeit pauschal abzuarbeiten. Entwürdigung, Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung - "super"!

Jedes Bundesland ist ohne solche Richter besser dran, die Asyl für eine mildtätige Gnade, für ein Almosen halten und nicht für das, was es verfassungsmäßig ist: Ein Grund- und Menschenrecht. CDU'ler wie er und auch Evers versuchen, die AfD rechts zu überholen - beschämend und aussichtslos.

Dass bei sehr vielen Klagen im Nachzug vieler Anträge eine unterbesetzte Justiz Probleme hat, ist in der Tat hausgemacht. Mehr Personal ist aber auf dem Weg.

Antworten

6. *Grubenotter* | Berlin | Samstag, 10.06.2017 | 23:01 Uhr

Wir schaffen das!

Antworten

5. *swinging freedom* | hamburg | Samstag, 10.06.2017 | 19:13 Uhr

unglaublich wie hier Steuergelder verschleudert werden; "wir müssen den Leuten hinterherlaufen" dieser Umstand kommt mir bekannt vor- auch im Schulalltag muss man solchen Leuten ständig hinterherlaufen, wenn es um regelmäßigen Schulbesuch und Erreichbarkeit geht! dieses Denken "ich habe Anspruch auf Vollkasko und Vollsservice ist sehr verbreitet! diese Leute reflektieren ihr Asylbestreben überhaupt nicht!

Antworten

4. *Lona* | BRB | Samstag, 10.06.2017 | 14:56 Uhr

alles so gewollt die Devise heißt bei der roten Regierung Bleiberecht für alle & da ist jedes Mittel recht, abgeschoben wird ja nicht mal mehr im schwarzen Bayern

Antworten

3. *Hannes* | Berlin | Samstag, 10.06.2017 | 12:59 Uhr

Wer hier noch glaubt, dies sei nicht so gewollt, zeigt lediglich seine Naivität. Diese Zustände sind volle Absicht, anderenfalls würde man sie beheben. Die Regierung versucht momentan nichts anderes, als eine irreversible Situation herzustellen. Schande über Merkel.

Antworten

2. *winfried* | achternbrink | Samstag, 10.06.2017 | 08:46 Uhr

>> ... stapeln sich tausende Akten, darunter viele Asylklagen. << ... Das ist einzig und allein ein vorsätzliches, allerdings legales "Gutmenschen"Kalkül.

Antworten

1. *Chris* | Berlin | Samstag, 10.06.2017 | 08:40 Uhr

Genau das ist das Problem. Zu wenig Personal und die Asylverfahren ziehen sich über Jahre auf unsere Kosten. Bei Ausweisung taucht man unter und das Spiel beginnt von vorn. Wer diese Massen unkontrolliert ins Land lässt, keinen festen Wohnsitz vorschreibt, Papiere nicht prüft etc., muss sich nicht wundern, wenn es weiter bergab geht.

Antworten

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN*Kommentartexte zuklappen*

Video | Konferenz der Innenminister

Minister beschließen Überwachung bei Whatsapp & Co

Die Innenministerkonferenz hat am Mittwoch beschlossen, dass Behörden bei der Strafverfolgung auch Messenger-Dienste wie etwa Whatsapp überwachen dürfen. Brandenburgs Datenschutzbeauftragter Dagmar Hartge fordert klare Regeln dafür.



Nach Attacke an Hermannstraße

Prozess gegen mutmaßlichen U-Bahn-Treter startet

Es sind erschreckende Bilder, die die Berliner Polizei im Herbst veröffentlicht: Ein Mann tritt in einem Neuköllner U-Bahnhof eine Frau eine Treppe hinunter und verletzt sie schwer. Nun beginnt der Prozess gegen den mutmaßlichen Haupttäter.



Protest und Gegenprotest am Sonnabend

Mehrere Gruppen mobilisieren gegen "Identitären"-Demo

Die "Identitären" wollen am Sonnabend demonstrieren. Und gleich mehrere Aktionsbündnisse haben etwas dagegen. Sie rufen zum Gegenprotest auf. Unklar sind nach wie vor die Routen der Demo-Züge.

*nach oben***RBB-ONLINE.DE**

Auswahl ▼

DER RBB

Auswahl ▼

SERVICE

Auswahl ▼

KONTAKT

Auswahl ▼

